

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte am Dienstag, d. 6. Okt. anlässlich der Eröffnung des Axel-Springer(sic!)-Redaktionsneubaus :

Die Demokratie braucht den professionellen Journalismus, den politisch und wirtschaftlich unabhängigen Journalismus, der angstfrei agieren kann, der die Balance wahrt zwischen Distanz und Empathie.

Julian Assange ist ein hervorragender Vertreter dieses Journalismus, aber was mit ihm geschieht, entlarvt die Worte Steinmeiers als Sonntagsrede.

Nils Melzer, UNO-Sonderberichterstatter für Folter, deckt auf: gegen Julian Assange wird schweres Geschütz von den Mächtigen dieser Welt aufgeföhren:

- eine konstruierte Vergewaltigung und manipulierte Beweise in Schweden;
- Druck von Großbritannien, das Verfahren gegen Assange in Schweden nicht einzustellen;
- befangene Richter;
- unmenschliche Inhaftierung;
- psychologische Folter und wir befürchten
- baldige Auslieferung an die USA mit Aussicht auf 175 Jahre Haft, all das, weil er Kriegsverbrechen aufdeckte.

Melzer illustriert seine Aussage mit einem Bild:

Stellen Sie sich einen dunklen Raum vor. Plötzlich richtet einer das Licht auf den Elefanten im Raum, d.h. auf Kriegsverbrechen, Kriegsverbrecher und Korruption.

Assange ist dieser Mann mit dem Scheinwerfer. Die Regierungen sind einen Moment lang schockiert. Dann drehen sie den Lichtkegel um mit Vergewaltigungsvorwürfen. Der Elefant- die Verbrecher und Verbrechen- stehen wieder im Dunkeln hinter dem Spotlight. Stattdessen steht jetzt Assange im Fokus. Wir wissen plötzlich alle (und ich muss sagen, damals haben mich diese Nachrichten auch ins Wanken gebracht!!!), dass Assange ein Vergewaltiger, ein Hacker, ein Spion, ein Narzisst ist. Und die von Ihm enthüllten Missstände und Kriegsverbrechen verblassen im Dunkeln.

Ein klassischer Fall von Manipulation der öffentl. Meinung

Melzer sagt, er habe noch nie einen vergleichbaren Fall gesehen. Entscheidend bei dem Vergewaltigungsvorwurf gegen Assange ist der zeitl. Kontext:

Ende Juli 2010 veröffentlicht Wikileaks in Zusammenarbeit mit der

„New York Times“, dem „Guardian“ und dem „Spiegel“ das sog. Afghanische

Kriegstagebuch („Afghan War Diary“). Es ist eines der größten Leaks in der Geschichte des US-Militärs. Die USA fordern ihre Alliierten umgehend dazu auf, Assange mit Strafverfahren zu überziehen. Man muss wissen, dass jeder gegen jeden eine Voruntersuchung auslösen kann. Aber Assange wurde 9 ½ Jahre lang vom ganzen schwedischen Staatsapparat und den Medien mit Vergewaltigungsvorwürfen konfrontiert, ohne dass er sich verteidigen konnte, denn es kam nie zu einer Anklage.

Die schwed. Behörden waren an Assange's Aussage gar nicht interessiert., denn der ganze Fall war von Anfang an konstruiert.

Nach Aussagen der betroffenen Frau selber hat es nie eine Vergewaltigung gegeben.

Assange erfährt aus der Presse von dem Vergewaltigungsvorwurf.

Er nimmt Kontakt zur Polizei auf, um Stellung zu nehmen. Aber spätestens hier wird die bewusste Böswilligkeit der schwed.

Behörden offensichtlich, nämlich als sie die sofortige Verbreitung des Vergewaltigungsverdachts über die Boulevardpresse forcieren, und zwar ohne Befragung der Beteiligten und auch im

Widerspruch zum klaren Verbot im schwed. Gesetz, die Namen von mutmaßlichen Opfern oder Verdächtigen in einem

Sexualstrafverfahren zu veröffentlichen.

Die vorgesetzte Hauptstaatsanwältin wird durch die Presseveröffentlichungen auf den Fall aufmerksam und schließt die Vergewaltigungsuntersuchung einige Tage später mit der

Feststellung, es gäbe keinerlei Hinweise auf ein Delikt.

Daraufhin weist der Vorgesetzte die einvernehmende Polizistin an, die Aussage der Frau umzuschreiben, um irgendwie einen

Vergewaltigungsverdacht herbeibiegen zu können. (ein Dokument darüber liegt vor).

Auf der Grundlage der umgeschriebenen- also verfälschten

Aussage der oben erwähnten Zeugin wird gegen die

Einstellungsverfügung der Staatsanwältin Berufung eingelegt und

am 2.Sept. 2010 das Vergewaltigungsverfahren wieder

aufgenommen. Assange versucht wiederholt, bei den schwedischen Behörden Stellung zu nehmen, aber die zuständige Staatsanwältin hält Assange hin (mal passt ihr der Termin nicht, mal ist der zuständige Polizist krank). 3 Wochen später lässt Assange fragen, ob er zu einer wichtigen Konferenz nach Berlin reisen dürfe, also ins Ausland. Das wird ihm erlaubt. Aber der Punkt ist: kaum hat Assange Schweden verlassen und obwohl noch gar nicht klar ist, ob er kurz oder langfristig geht, wird in die Öffentlichkeit die Behauptung lanciert, Assange sei vor der schwed. Justiz geflüchtet, um sich der Verantwortung für sein angebliches Sexualdelikt zu entziehen. Außerdem verschwinden seine Laptops aus dem Flugzeug der schwed. Fluggesellschaft SAS, die sich weigert, eine Untersuchung einzuleiten.

Wiederholt versucht Assange bei den schwed. Behörden zu den Anschuldigungen Stellung zu beziehen, immer verbunden mit der Forderung der Zusicherung der Nichtauslieferung an die USA. Die Schweden weigern sich, diese Zusage zu geben, da es ja „kein Auslieferungsgesuch der USA“ gäbe.

Auch nach der Verweigerung einer sog.

Nichtauslieferungszusicherung wollte Assange von London oder über Videolink aussagen., was in 44 vorherigen Fällen genehmigt worden war, im Fall Assange aber nicht. Als nach vielen Rechtsbrüchen der schwed. Behörden das höchste schwed. Gericht die Stockholmer Staatsanwaltschaft zwingt, endlich Anklage zu erheben oder das Verfahren einzustellen, fordern die brit. Behörden die schwedischen auf, nicht locker zu lassen: „Don't you dare get cold feet!“ (Kriegt bloß keine kalten Füße) (auch darüber liegt eine Kopie vor)

Es gibt für all das

--für den Vergewaltigungsvorwurf

– für das Verweigern einer diplomat. Garantie der Nichtauslieferung;

--für die Weigerung Assange in London einzuvernehmen

--für die Behauptung Assange habe sich der schwed. Justiz entzogen

nur eine Erklärung: man war an der Aussage Assanges gar nicht interessiert, man wollte ihn in die Finger kriegen, um ihn an die USA ausliefern zu können.

Was Assange getan hat, bedroht die polit. Eliten in den USA, England, Frankreich, auch Deutschland. Sonst wäre die Aussage

von Heiko Maas am Mittwoch (7.Okt) bei der Regierungsbefragung im Bundestag trotz der bei der Verhandlung in London in aller Deutlichkeit zutage getretenen fehlenden Rechtsstaatlichkeit unverständlich. Maas sagte:“Ich habe keinen Grund, insbesondere unseren britischen Partnern in diesem Fall Versagen oder was auch immer vorzuwerfen“.

Wikileaks veröffentlichte geheime staatl. Informationen und das wird in einer Welt, in der auch in sog. „reifen Demokratien“ die Geheimhaltung überhand genommen hat, als fundamentale Bedrohung wahrgenommen.

An Julian Assange soll ein Exempel statuiert werden als Warnung an alle Journalisten, die mutig sind, die Wahrheit zu schreiben. Deshalb: Freiheit für Julian Assange